

RM von Heynitz erläutert einleitend die Hintergründe des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich einer Verwaltungsprozessoptimierung.

BM Böhling teilt dazu mit, dass eine Stellungnahme seitens der Verwaltung bereits erfolgt ist und aus dieser Sicht ein derartiger Prozess nicht erforderlich ist. Im Rahmen einer Prüfung hat der Niedersächsische Landesrechnungshof der Stadt Schortens unter vergleichbaren Kommunen bereits eine straffe Personalausstattung bestätigt. Ebenfalls bindet ein solcher Prozess zusätzlich Personal.

RM Homfeldt erklärt, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützt wird und kann den enormen Widerstand nicht nachvollziehen. Schließlich gibt es kein System, was man nicht noch verbessern kann. Dabei macht RM Homfeldt deutlich, dass es nicht das Ziel ist, Personal einzusparen.

RM von Heynitz ergänzt, dass es sich bei dem Antrag um ein Angebot der Politik handelt, mit dem Ziel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu entlasten. Als Ergebnis kann sich beispielsweise auch ergeben, dass die Arbeit mit dem vorhandenen Personal nicht zu leisten ist und deshalb weiteres Personal benötigt wird.

RM Just spricht sich für einen solchen Prozess aus. Bisherige Prüfungsberichte wurden lediglich zur Kenntnis genommen. Sofern bestimmte Dinge nicht ordentlich angegangen werden, kommt anschließend nur die Hälfte dabei raus. Bei einem solchen Prozess kann man beispielsweise in einem ersten Schritt mit der Verwaltung beginnen und die Außenstellen zu einem späteren Zeitpunkt betrachten.

RM Ostendorf teilt mit, dass sich die UWG dem Antrag nicht anschließen wird. Derzeit besteht in der Verwaltung genug Arbeit. Hierbei ist insbesondere das Thema „Flüchtlinge“ zu nennen. RM Ostendorf schlägt daher vor, das Thema der Verwaltungsprozessoptimierung zeitlich zu verschieben.

StD Müller unterstreicht, dass es nicht darum geht, sich zu sperren. Auch besteht keine Angst vor den Ergebnissen. Lediglich der Zeitpunkt ist äußerst unpassend. Im Jahr 2014 wurde sehr aufwendig der Demografieprozess begleitet. Aktuell sollen mehrere Bauprojekte durchgeführt werden. Die Kolleginnen und Kollegen aus dem FB 20 sind hinsichtlich des Flüchtlingsthemas absolut ausgelastet. Es wäre deshalb unglücklich, wenn daneben noch die Fragen der externen Gutachter beantwortet werden müssen, warum sie ihre Arbeit genauso ausführen, wie sie in dem Moment tun.

RM von Heynitz gibt an, dass er von solchen Aussagen irritiert ist. Auf der einen Seite ist die Verwaltung gut organisiert. Auf der anderen Seite ist die Verwaltung absolut ausgelastet. Weiterhin

macht RM von Heynitz deutlich, dass es nie den richtigen Zeitpunkt gibt. Zudem wurde der aktuelle Zeitpunkt selber bestimmt, da ein solcher Antrag bereits vor zwei Jahren gestellt wurde.

RM Homfeldt ist der Auffassung, dass StD Müller die Lösung selber mitgeteilt und für einen solchen Prozess gesprochen hat. Es macht daher Sinn im Haushalt Mittel einzustellen und mit dem Prozess im Laufe des Jahres 2016 zu beginnen.

RM Eggerichs merkt an, dass im kommenden Jahr die Kommunalwahl stattfindet und man dem neuen Rat dadurch eine Entscheidung aufdrückt.

BM Böhling verdeutlicht, dass aus seiner Sicht als Bürgermeister und damit aus Sicht der Verwaltung ein solcher Prozess überflüssig ist.

Bei der anschließenden Abstimmung wird der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Einstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für die Prozessoptimierung mehrheitlich (bei vier Ja-Stimmen und fünf Nein-Stimmen) abgelehnt.